

Beihilfenrecht der EU

Das Recht der Wettbewerbsaufsicht über staatliche Beihilfen in der Europäischen Union

von

Dr. Thomas Lübbig, Dr. Andrés Martín-Ehlers

2. Auflage

Beihilfenrecht der EU – Lübbig / Martín-Ehlers

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Europäisches Wirtschaftsrecht



Verlag C.H. Beck München 2009

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 56924 1

Inhaltsverzeichnis



Geleitwort	V
Vorwort	VII
Vorwort zur 1. Auflage	VIII
Literaturverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
A. Einführung	1
I. Gesamtwirtschaftliche und rechtspolitische Bedeutung der Beihilfeaufsicht ..	1
1. Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Beihilfeaufsicht	1
2. Rechtspolitische Bedeutung der Beihilfeaufsicht	4
a) Entscheidungsmonopol der Kommission	4
b) Das politische Element der Beihilfeaufsicht	5
c) Die Verrechtlichung der Beihilfeaufsicht	5
d) Ausdehnung des Beihilfetatbestandes auf weite Bereiche der wettbewerbsregulierenden Tätigkeit des Staates	6
II. Rechtsquellen	8
1. Die Verträge	8
2. Völkerrechtliche Verträge	9
a) Bilaterale völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft	9
b) Multilaterale völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft (WTO)	11
3. Sekundäres Gemeinschaftsrecht	14
4. Bekanntmachungen der Kommission, Leitlinien und Gemein- schaftsrahmen	15
5. Kommissionsentscheidungen	17
6. Verhältnis zum nationalen Recht	19
III. Grundtatbestand der Beihilfe und Ausnahmen	21
1. Grundtatbestand	21
2. Ausnahmetatbestände	23
a) Unterschiede zwischen Art. 87 Abs. 2 und Abs. 3 EG	23
b) Die einzelnen Tatbestände der Legalausnahme in Art. 87 Abs. 2 EG	24
aa) Art. 87 Abs. 2 Buchst. a) EG	24
bb) Art. 87 Abs. 2 Buchst. b) EG	25
cc) Art. 87 Abs. 2 Buchst. c) EG	27

c) Die Genehmigungstatbestände in Art. 87 Abs. 3 Buchst. a) bis d) EG	28
d) Der Genehmigungstatbestand in Art. 87 Abs. 3 Buchst. e) EG	29
3. Bereichsausnahme des Art. 86 Abs. 2 EG	29
4. Bereichsausnahme des Art. 296 Abs. 1 Buchst. b) EG (militärische Produktion)	30
B. Aktionsplan staatliche Beihilfen und ökonomische Analyse im Beihilferecht	31
I. Die gegenwärtige Reform der Beihilfenpolitik: Der „Aktionsplan staatliche Beihilfen“	31
II. Die ökonomische Analyse im Beihilferecht	36
1. Einführung	36
2. Anknüpfungspunkte einer Ökonomisierung	38
a) Begünstigung	38
aa) Grundsatz des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers	39
bb) Ausgleichszahlungen für Leistungen der Daseinsvorsorge	40
b) Spezifität der Begünstigung	40
c) Handelsbeeinträchtigung	40
d) Wettbewerbsverfälschung	42
aa) Rechtsprechung	42
bb) Neuere Kommissionspraxis	45
e) Ausnahmetatbestände	46
aa) Bisherige Praxis	46
bb) Vorgehen nach dem State Aid Action Plan	46
cc) Legislative Umsetzungen der neuen Abwägungsprüfung	48
dd) Die neue Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung	49
3. Meinungsstand in der wettbewerbspolitischen Diskussion	50
a) Mitgliedstaatliche Stellungnahmen	50
b) Einzelaspekte der Diskussion	51
aa) Kein eindeutiges wettbewerbspolitisches Konzept	52
bb) Umfang der Wettbewerbsanalyse im Einzelfall	53
cc) Systematischer Standort der wettbewerbslichen Analyse	55
C. Begriff der staatlichen Beihilfe	57
I. Wirtschaftliche Begünstigung	57
1. Definition eines weiten Beihilfebegriffs	58
2. Maßgeblicher Unternehmensbegriff	59
II. Systematisierung der Beihilfetypen	62
1. Positive Beihilfen	62
a) Die fiskalisch-privatwirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand	63

b) Staatliche Kompensationszahlungen für hoheitlich auferlegte Gemeinwohllasten	66
aa) Entwicklung in der älteren Rechtsprechungs- und Kommissionspraxis	66
bb) Die Rechtssache „Altmark Trans“	68
cc) Anwendung der Altmark-Kriterien in der Praxis	70
dd) Altmark-Maßnahmenpaket der Kommission	74
ee) Anwendung der Altmark-Kriterien auf Altfälle	75
2. Naturalzuwendungen	76
3. Negative Beihilfen	76
4. Staatlicher Ausgleich struktureller Merkmale	78
III. Staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen	80
1. Finanzierung von Beihilfen aus dem Vermögen staatlich beherrschter Unternehmen	82
a) Die ältere Rechtsprechung	82
b) Die Rechtssache „Stardust Marine“	84
c) Neuere Entscheidungspraxis	86
2. Die Belastung des Staatshaushalts als Tatbestandsmerkmal der Beihilfe	87
a) Die Rechtssache „Van Tiggele“	89
b) Die Rechtssache „Sloman Neptun“	89
c) Die Rechtssache „Kirsammer-Hack“	90
d) Die Rechtssache „Viscido“	90
e) Die Rechtssache „PreussenElektra“	90
f) Die Rechtssache „Pearle“	91
g) Die Rechtssache „Essent Netwerk Noord“	92
h) Ausdehnung des Beihilfetatbestandes auf die Finanzierung von Umlagemaßnahmen	94
IV. Das Tatbestandsmerkmal der Spezifität	95
V. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	97
VI. Drohende Verfälschung des Wettbewerbs	101
VII. De-Minimis-Beihilfen	104
VIII. Die Rolle der öffentlichen Hand als Kapitalgeberin	105
1. Einführung	105
2. Entwicklung in der älteren Rechtsprechung	107
3. Die erste Kommissionsmitteilung	108
4. Die Rolle und Intention des Kapitalgebers: Der langfristig ausgerichtete Investor	109
5. Wirtschaftliche Schematisierung des Prüfungsgegenstandes	111
6. Minderheitsbeteiligungen: Der kurzfristig ausgerichtete Investor	112
7. Öffentliche Finanzierungsmaßnahmen zur Vermeidung einer Liquidation oder zur Minimierung von Kosten	113
8. Vermutungsregeln gegen die Annahme einer staatlichen Beihilfe	114

9. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Investitionsentscheidung	115
10. Die bei dem öffentlichen Investor notwendige Dokumentation	116
11. Die Problematik der Quersubventionen	117
D. Einzelübersicht nach Wirtschaftsbereichen	121
I. Grundstücksgeschäfte der öffentlichen Hand	121
1. Einführung	121
2. Die Anfänge	122
3. Mitteilung der Kommission betreffend Elemente staatlicher Beihilfe bei Verkäufen von Bauten oder Grundstücken durch die öffentliche Hand	123
a) Verkauf durch ein bedingungsloses Bietverfahren	123
b) Verkauf auf der Grundlage eines unabhängigen Wertgutachtens	123
4. Die Grundstücksmittteilung und der Bau von Sportstätten	127
5. Sonderfälle	128
a) Die Anwendbarkeit der Mitteilung auf Vermietungen	128
b) Die Anwendbarkeit der Mitteilung auf Grundstückskäufe der öffentlichen Hand	128
II. Privatisierung	130
1. Einführung	130
2. Die Praxis der Kommission	131
3. Der Infrastrukturbereich	135
4. Überschneidungen zwischen Privatisierung und Grundstücksgeschäften	136
a) Einführung	136
b) Die Rolle des Wertgutachtens	136
5. Der bedingungslose Verkauf	138
6. Treuhandanstalt und BvS	141
III. Verstaatlichung und Umschichtung öffentlichen Vermögens	143
IV. Die Anwendung des Beihilferechts auf die Unternehmensbesteuerung durch die EU-Mitgliedstaaten	144
1. Einführung	144
2. Wesentliche Tatbestandsmerkmale	146
a) Unternehmensspezifische Abweichung von „normaler“ Besteuerung	146
b) Rechtfertigung einer Ausnahme durch „die Natur oder den inneren Aufbau des Systems“	150
3. Kommissionspraxis in ausgewählten Fällen	151
a) Steuervergünstigungen für international operierende Unternehmen und Koordinierungszentren	151
b) Steuerregelungen und das Problem regionaler Selektivität ..	152
c) Steuerregelungen, die faktisch selektiv wirkten	153
d) Steuervergünstigungen im Rahmen der „Öko-Steuer“ sowie Fördermaßnahmen für „grünen Strom“	154

V. Staatliche Haftungszusagen (Bürgschaften und Garantien)	156
1. Die Grundkonstellation: Das Dreiecksverhältnis	156
2. Die neue Mitteilung von 2008	156
a) Garantien für KMU	157
b) Einzelgarantien	157
c) Garantieregelungen	157
3. Beihilfen zugunsten des Unternehmens	158
a) Das Innenverhältnis: Die Avalprovision	158
b) Refinanzierungsbedingungen als staatliche Beihilfe?	159
aa) Einführung	159
bb) Die Rechtsprechung der europäischen Gerichte	160
cc) Anderweitige Praxis der Kommission	161
dd) Die neue Struktur der Mitteilung von 2008	163
4. Beihilfe für den Kreditgeber?	164
a) Die in der Mitteilung aufgeführten Fälle	164
aa) Einführung	164
bb) Nachträgliche Besicherung ohne Anpassung der Darlehenskonditionen keine Beihilfe	164
cc) Tilgung eines ungesicherten Darlehens mit einem gesicherten Darlehen keine Beihilfe	165
dd) Meinungen im Schrifttum	165
b) Sonderfälle: Die Bürgschaft als Beihilfe	166
5. Rechtsfolgen des Vorliegens einer Beihilfe	168
6. Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und Ausfallhaftung	169
a) Einführung	169
b) Anstaltslast	169
c) Gewährträgerhaftung	170
d) Ausfallhaftung	171
e) Vorgaben des Gemeinschaftsrechts	171
f) Die Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung	173
g) Der Kompromiss vom März 2002 zu den Spezialkredit- instituten	175
h) Die Abschaffung der Ausfallhaftung	176
7. Beihilfenrechtliche Bewertung von Anstaltslast und Gewähr- trägerhaftung	176
a) Refinanzierungsvorteile keine staatliche Beihilfe	176
b) Anstaltslast per se keine staatliche Beihilfe	177
c) Gewährträgerhaftung und Ausfallhaftung	178
8. Zusammenfassung und Bewertung	178
VI. Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand	179
1. Allgemein	179
2. Grundstücke	179
3. Flughäfen	180
a) Die Mitteilung von 1994	180
b) Die Mitteilung von 2005	182

E. Branchenspezifische Regeln	185
I. <i>Produzierendes Gewerbe</i>	185
1. Ehemaliger EGKS-Sektor (Kohle- und Stahlwirtschaft)	185
2. Kfz-Industrie	187
3. Beihilfen für den Schiffbau	188
4. Beihilfen zugunsten der Landwirtschaft	191
5. Beihilfen für die Fischerei und den Aquakultursektor	192
II. <i>Beihilfen zugunsten der Verkehrswirtschaft</i>	194
1. Beihilfen zugunsten des Schienenverkehrs	194
2. Beihilfen zugunsten der Schifffahrt	197
3. Beihilfen zugunsten der Luftfahrt	198
a) Umstrukturierungsbeihilfen	198
aa) Die frühere Praxis der Kommission	199
bb) Die Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfevorschriften um Luftverkehr	203
b) Rettungsbeihilfen	207
c) Anlaufbeihilfen	209
aa) Die Entscheidungen Charleroi und Intermediación	209
bb) Die Leitlinien von 2005	214
cc) Die Praxis der Kommission nach dem Erlass der Leit- linien	215
dd) Aktuelle Verfahrenseröffnungen	216
III. <i>Dienstleistungsgewerbe</i>	217
1. Banken	217
a) Sanierungsabläufe bei Banken – Die bisherige Entschei- dungspraxis der Kommission	217
aa) Die erste Entscheidung Crédit Lyonnais (CL)	218
bb) Die zweite Entscheidung Crédit Lyonnais	219
cc) Banco di Napoli (BDN)	220
dd) Societe Marseillaise de Credit (SMC)	220
ee) Banco di Sicilia (BDS) bzw. Sicilcassa	221
ff) Crédit Foncier de France (CFF)	222
gg) Bankgesellschaft Berlin (BGB)	222
b) Die Subprime-Krise	223
c) Die allgemeine Finanzkrise	224
2. Die deutschen Landesbanken und das Wohnungsbauvermögen	225
a) Einführung	225
b) Die erste Entscheidung WestLB/Wfa	226
c) Die zweite Entscheidung WestLB/Wfa	228
d) Die Entscheidungen BayernLB, NordLB, Hamburgische Landesbank, Landesbank Schleswig-Holstein und Landes- bank Berlin	230
e) Die Entscheidung Hessische Landesbank	231
f) Bewertung	234
aa) Die Stammkapitalzufuhr allgemein	234
bb) Die Aufschläge auf die Stammkapitalzufuhr	235
cc) Eigenkapital und Refinanzierung	235

3. Die Rekapitalisierung der deutschen Landesbanken	237
4. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk	239
a) Einführung	239
b) Der rechtliche Rahmen: Art. 86 Abs. 2 EG	239
c) Allgemeine staatliche Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	242
d) Die Finanzierung durch Gebühren	242
aa) Die Entscheidungspraxis vor Erlass der Rundfunkmitteilung	243
bb) Die Entscheidungspraxis nach Erlass der Rundfunkmitteilung	243
cc) Die Staatlichkeit der Gebührenfinanzierung	245
dd) Kritik an der deutschen Rundfunkentscheidung	247
e) Sonderfälle	248
aa) Die Entscheidungen zum französischen und italienischen Rundfunk	248
bb) Die Entscheidungen zum portugiesischen und dänischen Rundfunk	249

F. Horizontale Beihilfen 253

I. Die allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (EG) Nr. 800/2008 253

1. Wesentlicher Inhalt der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung	253
a) Erfasste Beihilfen	254
b) Ausgenommene Beihilferegelungen	254
c) Gemeinsame Vorschriften	255
aa) Transparenzanforderungen	255
bb) Freistellungsschwellen	255
cc) Anreizeffekt und Dokumentationspflichten	256
2. Regionalbeihilfen	257
a) Abgrenzung von Beihilfen nach Art. 87 Abs. 3 Buchst. a) und Buchst. c) EG	257
b) Maßgebliches Regelwerk neben der Gruppenfreistellungsverordnung	258
c) Fördergebietskarten	259
d) Erfasste Beihilferegelungen, insbesondere „große Investitionsvorhaben“	259
3. Ausbildungsbeihilfen	260
a) Das Tatbestandsmerkmal einer „spezifischen Begünstigung“	260
b) Unterschiedliche Bewertung allgemeiner und spezifischer Ausbildungsmaßnahmen	261
4. Beihilfen zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen	262
a) KMU-Definition unter dem früheren Regelwerk	262
b) Begriffsbestimmung unter der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung	263
c) Insbesondere: Berücksichtigung von Konzernbeziehungen	264
d) Zulässige Beihilfeintensitäten	265
5. Umweltschutzbeihilfen	265

a) Das Verursacherprinzip	266
b) Maßgebliches Regelwerk neben der Gruppenfreistellungs- verordnung	266
c) Begriff des Umweltschutzes	267
d) Erfasste Beihilferegelungen, insbesondere Verbesserungs- investitionen	267
e) Steuervergünstigungen	268
6. Risikokapitalbeihilfen	268
a) Mögliche Beihilfeempfänger	269
b) Vereinbarkeitsvoraussetzungen	269
7. Beihilfen für die Forschung und Entwicklung	269
a) Maßgebliches Regelwerk neben der Gruppenfreistellungs- verordnung	270
b) Grundprinzipien der FuEuI-Beihilfepolitik	270
aa) Definition des Beihilfetatbestandes	271
bb) Definition des Begriffes der Forschung	272
cc) Die Kriterien der Förderfähigkeit	272
II. Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten	274
1. Begriff des Unternehmens in Schwierigkeiten	276
2. Die Genehmigung von Rettungsbeihilfen	278
3. Genehmigung von Umstrukturierungsbeihilfen	279
a) Wiederherstellung der langfristigen Rentabilität	280
b) Vermeidung von unzumutbaren Wettbewerbs- verfälschungen	282
c) Eigenleistung des Beihilfeempfängers oder seiner Gesell- schafter	284
d) Das Prinzip „One Time Last Time“	285
e) Veräußerungs- und Privatisierungszusagen	286
f) Andere wettbewerbsorientierte Zusagen	287
4. Die Sonderregeln der Kommission zur Stützung von Finanz- instituten im Kontext der globalen Finanzkrise	288
III. Befristeter Beihilferahmen zur Überwindung der „Kreditklemme“	291
G. Die Bereichsausnahme des Art. 86 Abs. 2 EG	293
I. Das Verhältnis von Art. 86 Abs. 2 EG zu Art. 87 Abs. 1 EG	293
1. Die Rechtfertigungslösung	293
2. Die Tatbestandslösung	295
3. Abgrenzung von Altmark zu Art. 86 Abs. 2 EG	298
II. Das Verhältnis von Art. 86 Abs. 2 EG zu Art. 88 Abs. 3 EG	299
III. Die einzelnen Voraussetzungen von Art. 86 Abs. 2 EG	303
1. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse .	303
2. Betrauung mit den Dienstleistungen von allgemeinem wirt- schaftlichen Interesse	304

3. Verhinderung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse durch Anwendung der Beihilfevorschriften	304
4. Keine Beeinträchtigung der Entwicklung des Handelsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten in einem Ausmaß, das dem Interesse der Gemeinschaft zuwiderläuft	305
IV. <i>Ausblick</i>	306
H. Verfahrensrecht	307
I. <i>Einführung</i>	307
II. <i>Bestehende und neue Beihilfen</i>	308
1. Der Begriff der bestehenden Beihilfe	308
2. Prüfung bestehender Beihilfen	309
3. Inhaltliche Abgrenzung zwischen bestehenden und neuen Beihilfen	310
4. Verfahrensrechtliche Auswirkungen	311
III. <i>Anmeldepflicht für neue Beihilfen</i>	312
1. Einführung	312
2. Verletzung der Anmeldepflicht	313
IV. <i>Vorprüfungsverfahren</i>	314
1. Einführung	314
2. Frist zur Durchführung des Vorprüfungsverfahrens bei angemeldeten Beihilfen	315
3. Frist zur Durchführung des Vorprüfungsverfahrens bei nicht angemeldeten Beihilfen	317
V. <i>Hauptprüfungsverfahren</i>	320
1. Einführung	320
2. Der Begriff der „ernsten Schwierigkeiten“	320
a) Der Maßstab der Rechtsprechung	320
b) Der Maßstab der Verfahrensverordnung	322
3. Sonderfälle, die nicht ausschließlich auf „ernsthafte Schwierigkeiten“ abstellen	322
4. Frist zur Durchführung des Hauptprüfungsverfahrens bei angemeldeten Beihilfen	324
5. Frist zur Durchführung des Vorprüfungsverfahrens bei nicht angemeldeten Beihilfen	324
VI. <i>Befugnisse der Kommission</i>	326
1. Auskunftersuchen und Anordnung auf Auskunftserteilung	326
2. Anordnung zur Aussetzung oder einstweiligen Rückforderung der Beihilfe	326
3. Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens nach Art. 88 Abs. 2 Unterabs. 2 EG	329

VII. Rechtsstellung des (potentiellen) Beihilfempfangers	330
1. Recht auf Akteneinsicht?	330
2. Kein Recht auf Anhörung	332
VIII. Rechtsstellung des Wettbewerbers/Beschwerdeführers	333
1. Prüfung der Beschwerde	333
2. Verfahrensrechte des Wettbewerbers im Vorprüfungsverfahren?	334
IX. Positive Entscheidungen der Kommission	336
X. Negative Entscheidungen der Kommission	338
XI. Die Rückforderung gemeinschaftswidriger Beihilfen	339
1. Historische Entwicklung	340
2. Rechtsgrundlagen der Rückforderungsentscheidung	342
3. Die Rückforderung formell, aber nicht materiell gemeinschaftswidriger Beihilfen	343
4. Schuldner und Gläubiger der Rückforderung	345
5. Durchführung der Rückforderung und Rechtsschutz	346
6. Rückforderung gegen zahlungsunfähige Beihilfempfangers	348
7. Bezifferung des Rückforderungsbetrages durch die Kommission oder durch die Mitgliedstaaten	349
8. Die Verzinsung des Rückforderungsbetrages	350
9. Ausnahmen von der Rückforderungspflicht	351
a) Ausschlussfrist	351
b) Vertrauensschutz	352
c) Verletzung des Grundsatzes der Rechtssicherheit	355
d) Absolute Unmöglichkeit	357
10. Durchsetzung der Rückforderung durch aufschiebend bedingte Genehmigung neuen Beihilfen	358
11. Neuere Entscheidungspraxis zur Durchsetzung der Rückforderung in politisch heiklen Umstrukturierungs- und Privatisierungsfällen	359
XII. Rechtsschutz	360
1. Rechtsschutz des Mitgliedstaates und seiner Untergliederungen	360
2. Rechtsschutz des potentiellen Beihilfempfangers	361
3. Rechtsschutz des Wettbewerbers/Beschwerdeführers	361
a) Rechtsschutz gegen Positiventscheidungen der Kommission	361
b) Die unmittelbare und individuelle Betroffenheit bei einzelnen Unternehmen	362
aa) Allgemein	362
bb) Klagebefugnis bei abschließenden Entscheidungen der Kommission im Vorprüfungsverfahren	363
cc) Klagebefugnis bei Untätigkeitsklagen	365
c) Verbände	367
4. Rechtsschutz des Wettbewerbers vor den Gerichten der Mitgliedstaaten	368

a) Gemeinschaftliche Rechtsgrundlagen	368
aa) Rechtswirkungen des Art. 87 EG	368
bb) Rechtswirkungen des Art. 88 Abs. 3 EG	369
cc) Stoßrichtung von Art. 88 Abs. 3 EG	372
b) Primärer Rechtsschutz in den Verfahren vor den nationalen Gerichten	372
aa) Anforderung an die Beweislast des Klägers	373
bb) Anforderungen an das Gericht	373
c) Vorgehen gegen die öffentliche Hand	374
aa) Verwaltungsgerichtliches Verfahren	374
bb) Zivilgerichtliches Verfahren	376
d) Vorgehen gegen den Beihilfenempfänger	379
e) Sekundärer Rechtsschutz: Schadensersatzansprüche	381
aa) Schadensersatzansprüche gegen die öffentliche Hand ...	381
bb) Schadensersatzansprüche gegen den Beihilfenempfänger	382
cc) Probleme bei der Geltendmachung von Schadensersatz- ansprüchen	382
J. Auswirkungen auf die Zivilrechtspraxis	385
I. Zivilrechtliche Wirksamkeit beihilfenrechtsbefangener Rechts- geschäfte	385
II. Das Sonderproblem öffentlicher Bürgschaften	387
III. Die vertragliche Zuordnung der Rückzahlungsverpflichtung ..	391
1. Der Adressat der Rückforderungsverpflichtung	391
2. Vertragliche Haftungsfreistellung des Erwerbers?	394
Sachregister	397